

Policy Paper

Auswirkungen von Verschwörungsmythen und rechtsoffenen Corona-Protesten auf die demokratische Zivilgesellschaft

Dezember 2021

1.	Perspektiven und Erkenntnisse aus der Praxis der Mobilen Beratung.....	2
2.	Abnehmendes Protestgeschehen, steigende Aggressivität und Verlagerung in Alltagsdiskurse	4
3.	Herausforderungen für die demokratische Zivilgesellschaft	7
4.	Empfehlungen für Praktiker*innen in der demokratischen Zivilgesellschaft.....	9
5.	Ausblick.....	10

1. Perspektiven und Erkenntnisse aus der Praxis der Mobilien Beratung

Im Dezember 2020 haben wir eine erste Analyse der Gruppierungen, die sich auf Corona-Protesten zusammenfinden, veröffentlicht und damit Empfehlungen für Politik und Verwaltung ausgesprochen. Zu dem Zeitpunkt haben wir „die Szene“, die häufig als „Querdenker“ zusammengefasst wird, als Sammelbecken verschiedener Milieus beschrieben, das sich rechtsoffen gibt, antisemitisch konnotierte Verschwörungserzählungen toleriert und propagiert sowie Gewalt akzeptiert.¹ Ein Jahr später werfen wir erneut einen Blick

auf die heterogene Szene der an Corona-Protesten beteiligten Gruppierungen, die nun durch verbindende ideologische Einstellungsmuster stärker geeint scheint. Wir schauen auf Veränderungen und gefestigte Strukturen. Und wir formulieren Empfehlungen für Praktiker*innen der Zivilgesellschaft, die wir vor allem aus den Erfahrungen und Beobachtungen der bundesweit tätigen Teams der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus (MBT) ableiten.

Eine neue Bewegung: mit Verschwörungserzählungen gegen die Demokratie

Die neue spektrenübergreifende rechtsoffene Protestszene hat sich in den letzten Monaten gefestigt und einen harten Kern gebildet. Hier finden sich unterschiedliche Milieus wie Impfgegner*innen, Anhänger*innen von Esoterik und Anthroposophie, Trump-Fans und Verschwörungsgläubige, habituell linkes und eher westdeutsches Bürger*innentum, AfD-Sympathisant*innen und -vertreter*innen, Neonazis, Reichsbürger*innen und Aktivist*innen rassistischer Mobilisierungen der letzten Jahre – von Pegida über „Nein zum Heim“ bis zu „Eltern gegen Gewalt“. Nicht ohne Grund werden in Berlin, Baden-Württemberg, Bayern und Hamburg Teile der Protestbewegung vom Verfassungsschutz beobachtet.² Die Klammer dieser übergreifenden Mobilisierung sind – ausgehend von der teilweisen oder kompletten Negierung der Notwendigkeit von Hygiene- und Schutzmaßnahmen – nach wie vor strukturell antisemitische

Verschwörungsmythen, mit denen eine aggressive Wissenschaftsfeindlichkeit mit eigener „alternativer“ Wirklichkeitsbildung einhergeht. Im Laufe des Jahres 2021 wurde dabei eine generelle Ablehnung demokratischer Prozesse, Institutionen und ihrer Protagonist*innen immer deutlicher zu einem verbindenden Moment der Protestbewegung. Diese Demokratiefeindschaft mündet schlussendlich in Gewaltbereitschaft, Umsturzfantasien und tätlichen Angriffen. In einer von massiven Unsicherheiten und Ängsten geprägten Zeit sind Falschinformationen, Skepsis gegenüber evidenzbasierter Wissenschaft und Ablehnung demokratischer Abläufe bis weit in die Alltagsdiskurse anschlussfähig. Dies wird neben staatlichen Verantwortungsträger*innen in den kommenden Jahren eine zentrale Herausforderung für die Zivilgesellschaft und das demokratische Zusammenleben bleiben

¹ Vgl. https://www.bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/2020/05/2020-05-29_Einsch%C3%A4tzung-Corona.pdf

² Vgl. <https://www.tagesschau.de/investigativ/querdenken-berlin-verfassungsschutz-101.html>

Krisen brauchen eine starke Zivilgesellschaft

Eine demokratische (Zivil-)Gesellschaft ist mehr als die Summe ihrer Individuen. Sie lebt – besonders in Krisenzeiten – von gegenseitiger Solidarität und Rücksichtnahme gegenüber vulnerablen und in besonderer Weise sozial benachteiligten Gruppen; in Pandemiezeiten besonders von Rücksichtnahmen auf die Kapazitätsgrenzen des Gesundheitswesens. Die rechtsoffene Protestszene bezieht sich jedoch nur rhetorisch auf „Demokratie“ oder „Freiheit“ und die staatliche Einschränkung von Grundrechten durch Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung. Der von ihnen vertretene Freiheitsbegriff verweigert ein solidarisches Mitgefühl und eine Anerkennung von Grundrechten (Gesundheit, körperliche Unversehrtheit)

Wie geht es weiter?

Aktuell stehen die pandemiebedingten Entwicklungen an einem neuen Punkt:⁴ Zum Erscheinungszeitpunkt dieser Analyse gilt bundesweit eine 2G-Zugangsregelung für den Besuch von Gastronomie und kulturellen Veranstaltungen sowie eine 3G-Nachweispflicht im Nah- und Fernverkehr. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) sprach sich noch vor seiner Amtseinführung für eine Impfpflicht aus und ruft mit vielen anderen zum Impfen auf – mit dem Ziel, 30 Millionen Erst-, Zweit- und Dritt-Impfungen bis Weihnachten zu erreichen. Die Debatte um eine Impfpflicht alarmiert besonders Corona-Leugner*innen und bestätigt ihre antistaatlichen Einstellungen. In vielen Städten gehen aktuell wieder Menschen auf die Straßen, teils trotz staatlicher Einschränkungen der Versammlungsfreiheit und nicht selten mit großer Aggression.

Verschärfte Zugangsregeln zu Gastronomie und Kulturangeboten schließen nicht-geimpfte Personen zunehmend von Teilen des öffentlichen gesellschaftlichen Lebens aus. Führen diese Entwicklungen zu

für die von der Pandemie besonders gefährdeten Personengruppen. Ihr Demokratiebegriff bezieht sich auf einen völkisch verengten Nationalstaat, ist tendenziell ausgrenzend und elitär³ und richtet sich gegen den demokratischen Rechtsstaat. Eine solche aggressiv eigenwohlorientierte und antidemokratische Perspektive müssen wache Demokrat*innen zurückweisen. Das gelingt besonders dort, wo es vernetzte Akteur*innen und tragfähige Strukturen der demokratischen Zivilgesellschaft gibt und Ordnungs- und Sicherheitsbehörden demokratischen Gegenprotest gegenüber den aggressiven Angriffen der rechtsoffenen Protestszene schützen und gewähren lassen.

erneuten Mobilisierungen der Gruppierungen, die sich aus ideologischer Überzeugung gegen eine Corona-Impfung entscheiden? Wie öffentlichkeitswirksam, sichtbar und spürbar werden diese Mobilisierungen ausfallen? Wird der digitale Raum (Soziale Medien, Messenger) noch gezielter eingenommen? Und wird sich die aggressive Stimmung der ersten beiden Dezember-Wochenenden fortsetzen? Es zeigt sich, dass es einen neuen Aufschwung der coronaverleugnenden Szene gibt, dass sich die Milieus weiter vernetzen und lauter werden, wenn auch konzentriert in den Sozialen Medien. Damit verbunden ist auch eine Wirkung der Inhalte der Proteste weit über die jeweiligen Milieus hinaus. Was daher wichtig wird und welche Perspektiven unsere Beratungsteams aus den Bundesländern auf die Entwicklungen haben, stellen wir in diesem Papier dar.

³ Vgl. <https://www.bundesverband-mobile-beratung.de/2020-12-13-bmb-policy-paper-auseinandersetzung-unterstuetzen/>

⁴ Weiter Infos zu den aktuellen Corona-Regeln gibt es unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/coronavirus/corona-diese-regeln-und-einschraenkung-gelten-1734724>

2. Abnehmendes Protestgeschehen, steigende Aggressivität und Verlagerung in Alltagsdiskurse

Die MBTs berichten rückblickend auf 2021 insgesamt von einer deutlichen Abnahme öffentlicher Straßenproteste gegen die staatlichen Corona-Schutzmaßnahmen – bis zum erneuten Hochkochen im Dezember 2021. Es bildet sich ein Kern einer entstehenden sozialen Bewegung, der zunehmend aggressiver auftritt. Zudem ist

eine Ausweitung auf andere Bereiche des öffentlichen Lebens festzustellen, in denen es zu Belästigungen und Bedrohungen kommt. Die durch die Proteste gesetzten Themen haben sich vielfach in Alltagsdiskursen festgesetzt und werden eine langfristige Herausforderung für das demokratische Zusammenleben sein.

Entwicklung der Proteste im Herbst: deutlichere extrem rechte Beteiligung und Ausbildung eines „harten Kerns“

Auch wenn mit der Entspannung der pandemischen Lage und der damit verbundenen Lockerungen spätestens im Sommer die Zahl der wahrnehmbaren Proteste deutlich abnahm, kommen noch immer bundesweit Menschen in unterschiedlicher Form zusammen, um gegen Corona-Maßnahmen, zunehmend aber auch gegen demokratische Abläufe und Institutionen an sich zu demonstrieren. Statt großflächig geplanter Protestumzüge durch die Innenstädte, werden in verschiedenen Bundesländern vermehrt gezielte kleinere sogenannte „Spaziergänge“ und Protestkationen vor Landkreisverwaltungen, Rathäusern, Impfzentren sowie an Schulen organisiert.

Die letzten größeren Proteste in Berlin fanden am 1. und 29. August 2021 statt.⁵ Unser dortiges Beratungsteam berichtet, dass gerade in östlichen Bezirken AfD-Politiker*innen⁶ die Organisation von Protesten unterstützen. Am 6. Dezember

2021 gab es in Sachsen 82 Versammlungen mit Corona-Bezug mit insgesamt fast 7.000 Teilnehmenden, die mit 1.033 Ordnungswidrigkeiten und 60 Straftaten endeten. In Leipzig demonstrierten am 6. November 2021 bis zu 2.000 Teilnehmende bei einer von den Querdenken-Gruppierungen „Bürgerbewegung Leipzig 2021“ und „Bewegung Leipzig“ angemeldeten Kundgebung unter Bezugnahme auf die Montagsdemonstrationen der DDR-Bürger*innenbewegung von 1989. Unter den Beteiligten befanden sich zahlreiche Hooligans und organisierte Neonazis aus Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt.⁷ Die Protestgruppen konnten die Demonstrationen als Erfolg verbuchen, da viele Menschen aus der gesamten Bundesrepublik anreisten und die Demonstrationen große mediale Aufmerksamkeit erhielten.

⁵ Vgl. https://www.zeit.de/politik/deutschland/2021-08/querdenker-proteste-berlin-bundesregierung-reaktion-gewalt-zusammenstoesse?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F, <https://www.sueddeutsche.de/politik/querdenken-berlin-demonstrationen-corona-1.5395311> und <https://www.tagesspiegel.de/berlin/querdenker-proteste-in-berlin-etwa-80-festnahmen-bei-demonstration-am-sonntag/27557248.html>

⁶ Bei den Protesten am ersten Dezemberwochenende waren mehrere AfD-Politiker*innen involviert, darunter Tino Chrupalla (AfD-Bundessprecher) bei einem Protestzug in Potsdam, vgl. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/deutschlandweit-proteste-gegen-corona-politik-a-6d3d9e5e-62e7-4bc0-8200-e2c9b93604e3>

⁷ Vgl. <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2021-11/querdenker-demonstration-leipzig-gewalt-verletzte-polizisten-sachsen-corona/seite-2>

In Schleswig-Holstein zählen Kiel, Flensburg und der Itzehoeer Raum zu den Schwerpunktregionen für die Organisation von Protesten und Demonstrationen. So gab es beispielsweise am 13. November 2021 in Flensburg einen Protestmarsch mit rund 50 Teilnehmenden, die weiße Anzüge trugen und sich damit ästhetisch und inhaltlich an die „flashmobartige“ extrem rechte Kampagne „werde unsterblich“ aus den 2010er Jahren anlehnten.⁸ Mit selbst beschrifteten Schildern warnten sie vor der Corona-Schutzimpfung. Zu der Protestgruppe zählten auch coronaverleugnende Ärzt*innen, die durch ihre präsenste Teilnahme die Verharmlosung der Corona-Infektion stärken. Im sächsischen Freiberg zogen noch am 29. November 2021 ca. 700 Menschen bei einem nicht genehmigten „Montagsspaziergang“ durch die Stadt, zu dem die extrem rechte Kleinpartei „Freie Sachsen“ im Messengerdienst Telegram aufgerufen hatte. Obwohl aufgrund der hohen Inzidenzen nur Kundgebungen mit maximal zehn Personen zulässig waren, schritt die Polizei nicht ein.⁹ Vergleichbare, wenn auch kleinere Straßenumzüge wurden ebenso in Thüringen und Rheinland-Pfalz durchgeführt. Im Gegensatz zu Flensburg und Freiberg gab es in Erfurt eine Gegenprotestaktion mit lauter Punkrockmusik, die die Demonstration störte. In Thüringen zeigt sich insgesamt, dass staatliche Repressionen und die Verhängung von Bußgeldern zur Eindämmung von Straßenprotesten führen, auch wenn es an anderer Stelle wie bspw. an Impfbussen zu „flashmobartigen“ Protestaktionen kommt, um Impfwillige abzuschrecken.

In Baden-Württemberg fand am 4. April 2021 eine Großveranstaltung mit bis zu 20.000 Protest-Teilnehmenden statt, weitere Aktionen fielen eher klein und „flashmobartig“ aus. In Bielefeld (NRW)

verabredeten sich seit einigen Wochen Impfgegner*innen über Telegram zu „Lichterspaziergängen“. Am 3. Dezember 2021 kamen 1.500 Menschen in der Innenstadt zusammen, die gegen Impfpflicht und Corona-Maßnahmen demonstrierten. Im niedersächsischen Oldenburg fand im Herbst 2021 eine Veranstaltung mit ca. 300 Personen gegen die Corona-Maßnahmen statt.

Die aufgezeigten Veränderungen von Straßenprotesten und die Beobachtungen der Mobilien Beratungsteams zeigen: Der „harte Kern“ sucht den bewussten Schulterchluss mit Rechtsextremen. In Niedersachsen, Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt¹⁰ und Thüringen ist erkennbar, dass sich die Corona-Leugnungsszene gezielt mit extrem rechten Kreisen und dem Reichsbürger*innen-Milieu vernetzt. In Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Hessen professionalisiert sich die Organisation von Veranstaltungen durch eine konsequentere Vernetzung mit rechtsextremen Akteur*innen.

⁸ Die Kampagne wurde zuerst 2012 auf einer extrem rechten Plattform beworben und verbreitete sich danach in Netzwerken der autonomen Nationalisten, vgl. Wilking/ Kohlstruck 2012, S. 51 ff. sowie <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/132732/neonazis-hinter-weissen-masken>

⁹ Vgl.

<https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/corona-proteste-freiberg-bautzen-chemnitz-100.html>

¹⁰ Vgl.

https://www.projektgegenpart.de/images/bilder/Analysepapier_Reformation_der_Meinungsfreiheit_MBT_Anhalt.pdf

Zunehmende Gewaltbereitschaft, Ablehnung der Demokratie und Angriffe auf ihre Repräsentant*innen

In fast allen Bundesländern ist zu beobachten, dass die Zahl der Teilnehmenden bei Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen zwar gesunken, der bestehende Kreis aber militanter geworden ist. Diese zunehmende Militanz der Anti-Corona-Bewegung belegen Beispiele verschiedener MBTs: In Niedersachsen wurde aus „Corona-Frust“ ein Brandanschlag auf das Rathaus in Delmenhorst verübt.¹¹ In Sachsen bewerten die MBTs die dortigen „Querdenken“-Proteste mittlerweile als verlängerten Arm von den extrem rechten Parteien „Freie Sachsen“ und „III. Weg“. In den letzten Wochen wurde in etwa 70 Orten in Sachsen zu „Spaziergängen“ aufgerufen, an denen mehrere tausend Personen teilnahmen.¹² Zuletzt waren rund 30 Personen mit Fackeln zum Wohnhaus der sächsischen Sozial- und Gesundheitsministerin Petra Köpping gezogen.¹³ In Schwerin (Mecklenburg-Vorpommern) versuchten Teilnehmende einer nicht angemeldeten Demonstration zum Haus der Ministerpräsidentin Manuela Schwesig zu laufen, was die Polizei unterbinden konnte.

Die Stimmung auf diesen Demos ist äußerst aggressiv und richtet sich nicht mehr „nur“ gegen die Corona-Politik, sondern gegen die demokratische Ordnung an sich.

Die zunehmende Gewaltbereitschaft militanter Gegner*innen der Corona-Schutzverordnungen zeigt sich in erschreckend brutaler Art und Weise an dem Mord in Idar-Oberstein (Rheinland-Pfalz): An einer Tankstelle wurde ein 20-Jähriger Kassierer von einem Maskenverweigerer erschossen, nachdem er ihn im Rahmen der geltenden Gesetzeslage auf das Tragen einer Mund-Nase-Bedeckung hingewiesen hatte.¹⁴ Aber es kommt auch zu weniger öffentlich wahrgenommenen Vorfällen: In Gronau und Ahaus (NRW) brannten im November 2021 zum wiederholten Male Container und Zelte von Testzentren nieder und wurden mit einschlägigen Graffiti besprüht.¹⁵ Die Ärztekammern von Berlin und Sachsen berichten von zunehmendem Hass gegen impfende Ärzt*innen bis hin zu Morddrohungen.

Vordringen in Alltagsdiskurse: gemeinsame Narrative und Wirkung über das eigene Milieu hinaus

Unter anderem in Baden-Württemberg stehen vor allem Waldorfschulen vor der Herausforderung, mit Aktionen durch Eltern, aber auch von einzelnen Lehrkräften, umzugehen. Es gibt Bestrebungen von Eltern, sogenannte Ergänzungsschulen aufzubauen, um Kinder aus der klassischen Beschulung herauszunehmen und damit eigene Inhalte

und Krisendeutungen zu vermitteln. In Niedersachsen kommt es zunehmend zur Organisation von Menschenketten, die Kinder vom Schulbesuch abhalten wollen.

Die seit dem Frühjahr 2020 durch die zunächst noch sehr heterogene Protestbewegung geprägten Erzählungen haben zwischenzeitlich ihren Weg in den Alltag vieler Menschen gefunden. Dazu

¹¹ Vgl.

https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/oldenburg_ostfriesland/Brandanschlag-in-Delmenhorst-Taeter-muss-drei-Jahre-in-Haft.delmenhorst1102.html

¹² Vgl.

<https://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/corona-sachsens-sonderweg-in-die-sackgasse-a-9cb7cbc2-d7bc-448c-b3c5-363bbc5f6b36>

¹³ Vgl.

<https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/leipzig/grimm-oschatz-wurzen/corona-protest-gegen-koepping-haus-grimma-100.html#sprung0>

¹⁴ Vgl.

<https://www.tagesschau.de/faktenfinder/podcast/maskegegner-mord-idar-oberstein-101.html>

¹⁵ Vgl. <https://www1.wdr.de/nachrichten/westfalen-lippe/brand-teststationen-ahaus-gronau-100.html>

haben neben der Präsenz auf der Straße und der stetigen Verbreitung von Fake News sicher auch die massive Reichweite einzelner Protagonist*innen aus der Szene gesorgt. So haben etwa Zweifel an der Wirkung der Impfstoffe, die Relativierung der Gefahr des Corona-Virus und die generelle Skepsis gegenüber wissenschaftlich fundierten Erkenntnissen ihren Weg in Milieus gefunden, die mit den auf der Straße wahrnehmbaren Protesten und Akteur*innen zunächst keine oder nur wenige Berührungspunkte hatten. Die ideologischen Klammern wirken dann auch über die eigentlichen Milieus der Protestbewegung hinaus und haben Einfluss auf politisches Handeln, mediale Berichterstattung und Diskussionen am Gartenzaun. Unsere Beratungsteams berichten von steigenden Anfragen aus dem persönlichen und beruflichen Nahbereich: Coronaleugnung und Verschwörungsmysmen tauchen in Familien-Messengergruppen auf, Schulen klagen über Eltern, die Vorsichtsmaßnahmen generell ablehnen, Freundeskreise sind massiv herausgefordert durch plötzliche und kaum überbrückbare Spannungen.

Einen Anteil an dieser Verbreitung von Positionen, die schlussendlich auf Verschwörungsmysmen und wissenschaftsfeindlichen Krisendeutungen beruhen, haben sicher auch Teile der medialen Berichterstattung und ein lange sehr zögerliches und als wenig konsistent wahrgenommenes Handeln politischer Verantwortungsträger*innen. So wurde die Stimme einer lauten Minderheit verstärkt und ihre Deutungen und Positionen salonfähig gemacht. Schon im Mai 2020 schrieb der BMB in einer ersten, auf den Beobachtungen der MBTs beruhenden Einschätzung der Proteste und ihrer Folgen: *„Es gilt, Fehler aus den Debatten der Jahre 2015 ff. nicht zu wiederholen und auf Dialogformate, die vor allem die lauten und wahrnehmbaren (extrem) rechten Meinungsführer*innen stärken, zu verzichten. Es sollten Ängste und Befürchtungen aller (also auch und gerade von Rassismus und staatlichen Einschränkungen besonders betroffener Menschen) wahr- und ernstgenommen werden.“*

3. Herausforderungen für die demokratische Zivilgesellschaft

Mangelnde Unterstützung für demokratische Positionierung und Ermüdungserscheinungen bei Engagierten

Die demokratische Zivilgesellschaft wird mehrfach herausgefordert: Einerseits formiert sich aus ihrer Mitte heraus und damit für viele Individuen unerwartet Widerstand gegen die Corona-Politik aus dem direkten Umfeld. Plötzlich sind private Fragestellungen nach Gesundheit, Kontakten und Impfstatus nötig und führen gerade dadurch nicht selten zu nachhaltigen Konflikten und Kontaktabbrüchen. Direkte und konkrete Unterstützung bietet die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus, die bereits vor der Konjunktur von Verschwörungserzählungen durch die Corona-Pandemie Bildungs- und Beratungsarbeit zu diesem Themenkomplex angeboten hat. Die hohe

Nachfrage bei den MBTs führt zu der Einschätzung, dass seitens staatlicher Stellen noch keine ausreichende Infrastruktur für von direkten Übergriffen Betroffenen besteht. So fühlen sich bspw. auch viele Schulen im Umgang mit coronaleugnenden Eltern und verschwörungserzählenden Lehrkräften allein gelassen, abgesehen von der Herausforderung des Testmanagements. Darüber hinaus sind neben der Zivilgesellschaft zunehmend Politik und Verwaltung durch die einschränkenden Corona-Maßnahmen der Bedrohung von rechts ausgesetzt – auch hier fehlt es an konsequentem Durchgreifen durch

Unterbindung der Proteststrukturen.¹⁶ In Simmertal (Rheinland-Pfalz) trat bspw. eine Bürgermeisterin wegen fehlender Unterstützung für die von ihr organisierten Gegenproteste zurück.¹⁷ In Sachsen fehlte es trotz immenser Bedrohungslage an Polizeischutz für die Gesundheitsministerin Petra Köpping. Die sich zuspitzende Situation ist auch für die Teams der Mobilien Beratung eine Herausforderung: Der gestiegene Beratungsbedarf und die Nachfrage von staatlichen sowie zivilgesellschaftlichen Akteur*innen ist kaum zu decken.

Die Organisation von Gegenprotesten und -aktionen ist für Engagierte in den letzten Monaten schwieriger, wahrnehmbare Gegenaktionen sind seltener geworden. In einigen Regionen

ignoriert oder verharmlost die bürgerliche „Mitte“ stattfindende Protestaktionen. Diese Ermüdungserscheinungen bei der Organisation von Gegenprotesten begründen sich mitunter durch die Folgen der Lockdowns, Schutzmaßnahmen und hohen Inzidenzen: Die Gegendemonstrant*innen halten sich zumeist an geltende Pandemieregeln (Maske, Abstand, Kontakt- und Versammlungsbeschränkungen), womit die Räume für öffentlichen Protest enger werden. Die Möglichkeiten für Austausch, Diskussion und Absprachen haben sich in den letzten eineinhalb Jahren durch die notwendigen Einschränkungen stark reduziert, viele Initiativen und Bündnisse leiden unter der Vereinzelung und den fehlenden Treffen.

Protest und Positionierung durch Vernetzung und Kreativität

Trotz der beschriebenen Ermüdungserscheinungen innerhalb der demokratischen Zivilgesellschaft bei öffentlich organisierten Gegenprotesten, können die Teams der Mobilien Beratung aus ihren Ländern von verschiedenen Beispielen guter Praxis berichten. In Berlin gab es etwa eine breit angelegte Plakatkampagne der Mobilisierungs- und Informationsplattform „Berlin gegen Nazis“, die niedrigschwellige Angebote zur kreativen Beteiligung an Gegenprotesten bietet – auch mithilfe einer eigenen App.¹⁸ Zudem haben sich Kulturinstitutionen der Hauptstadt gemeinsam öffentlich positioniert. Insgesamt berichten die MBTs aus den Ländern, dass es eine anhaltend große Nachfrage nach Info- und Bildungsveranstaltungen zum Thema „Umgang mit Verschwörungserzählungen“ gibt. Die demokratische Zivilgesellschaft ist somit aktiv in der inhaltlichen Auseinandersetzung, um die gesellschaftlichen Herausforderungen

durch die Corona-Pandemie zu verarbeiten und zu verstehen, aber auch, um sich für Diskussionen im persönlichen Umfeld zu wappnen.

Demokratisch-zivilgesellschaftliche Kritik sowohl an der rechtsoffenen Protestbewegung als auch an den insgesamt auf die aggressiven Kritiker*innen der Pandemiebekämpfung bisher zu große Rücksicht nehmenden Ordnungs- und Sicherheitsbehörden, braucht in Pandemiezeiten starke Netzwerke und Kreativität, um gehört zu werden. Die Erfahrungen der MBTs zeigen, dass demokratischer Protest insbesondere dort möglich ist, wo es bereits seit längerer Zeit tragfähige und vertrauensvolle Netzwerkbeziehungen zivilgesellschaftlicher Akteur*innen gibt. Beispiele wie die Beschallung der Querdenken-Kundgebung auf dem Erfurter Anger mit Musik oder der Gegenprotest auf dem Dresdner Altmarkt – langjährig und

¹⁶ Wir empfehlen hierzu den Ratgeber zum Umgang mit rechten Bedrohungen und Angriffen für Kommunalpolitiker*innen und Kommunalverwaltung „Bedroht zu werden, gehört nicht zum Mandat“ (2020) vom BMB und VBRG, abrufbar unter <https://www.bundesverband-mobile-beratung.de/wp->

content/uploads/2021/04/Ratgeber_Bedrohungen_Kommunalpolitik.pdf

¹⁷ Vgl. <https://www.swr.de/swraktuell/rheinland-pfalz/mainz/corona-querdenker-demo-simmertal-buergermeisterin-zurueckgetreten-100.html>

¹⁸ Weitere Infos gibt es unter <https://berlin-gegen-nazis.de/das-wird-man-ja-noch-fragen-duerfen/>

bis heute gegen Pegida und nun zunehmend gegen die AfD oder Querdenken-Kundgebungen – zeigen, dass

zivilgesellschaftliche Positionierungen vielerorts stattfinden und auf bestehenden Netzwerken aufbauen können.

4. Empfehlungen für Praktiker*innen in der demokratischen Zivilgesellschaft

Aus der Analyse der Entwicklungen der oben skizzierten Gruppierungen und ihrer verbindenden ideologischen Elemente sowie auf Basis der Erfahrungen aus der Beratungspraxis leiten sich für die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in den Ländern und den Bundesverband Mobile Beratung e.V. folgende Handlungsempfehlungen für Praktiker*innen in der demokratischen Zivilgesellschaft ab:

Wir dürfen die entstandene Bewegung nicht unterschätzen und sollten ihre breite Anknüpfungsfähigkeit thematisieren: Die Stärke der verschwörungsideologischen Sammlungsbewegung liegt in ihrer breiten Verankerung bis in bürgerliche Milieus hinein. In ganz Deutschland sucht sie zunehmend bewusst die Nähe von Reichsbürger*innen und der organisierten extremen Rechten. Im Westen bleiben die Proteste dabei noch heterogener, im Osten ist diese Strategie offensichtlicher. Ihr Themenbezug bietet vielfältige Anknüpfungsmöglichkeiten für unterschiedliche Protest-Milieus: Wissenschaftsfeindlichkeit, alternativmedizinische Deutungen, Ablehnung demokratischer Institutionen und Entscheidungsprozesse, antisemitisch unterlegte Verschwörungsmymen, antikapitalistische Reflexe gegen die als politikbeherrschend beschriebene Pharmaindustrie und – besonders in Ostdeutschland – die Inanspruchnahme der Tradition einer oppositionellen Bürger*innenbewegung.

Wir sollten Antisemitismus, Wissenschaftsfeindlichkeit, Ablehnung der Demokratie und Hass auf ihre Repräsentant*innen als zentrale Themen der Protestbewegung benennen: Die zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung mit der Querdenken-Bewegung sollte diese verbindenden ideologischen Elemente adressieren. Analyse und Kritik sollten nicht allein auf die Zusammensetzung der Protestbewegung fokussieren, sondern eine gesellschaftspolitische und alltagskulturelle Auseinandersetzung mit den milieuübergreifend vertretenen Inhalten und Feindbildern der Corona-Protestszene in den Blick nehmen.¹⁹

Wir brauchen einen langen Atem: Die Protestbewegungen werden nicht verschwinden. Möglich sind eine stärkere digitale Vernetzung und gezielte Diffamierungen in Sozialen Medien sowie die Streuung von Fake News über die in den vergangenen Monaten ausgebauten Kanäle. Zudem wird die Artikulation über vielfältige Kleinstaktivitäten, etwa vor Impfzentren, Rathäusern oder Verwaltungseinrichtungen zunehmen.

Wir müssen vorsichtig sein und solidarisch aufeinander achten: Vereinzelt Personen werden sich möglicherweise durch die entsprechenden Kommunikationskanäle zu Bedrohungen und Gewalt aufgerufen fühlen, so wie es gegenüber Politiker*innen oder gar im Mordfall von Idar-Oberstein bereits geschehen ist. Hier ist Achtsamkeit und solidarischer Austausch aller gefragt – von den unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen vor Ort bis zur politischen Ebene. Die Sicherheitsbehörden müssen in die Pflicht genommen werden, bestehende Regeln

¹⁹: Vgl. <https://www.bundesverband-mobile-beratung.de/2021/07/02/verschwörungsmymen-und->

[neues-rechtes-miteinander-artikel-zu-rechtsoffenen-corona-protesten/](https://www.bundesverband-mobile-beratung.de/2021/07/02/verschwörungsmymen-und-neues-rechtes-miteinander-artikel-zu-rechtsoffenen-corona-protesten/)

durchzusetzen und den Schutz (potentiell) Betroffener zu gewährleisten. Der BMB hat zu diesem Thema die viel beachtete Arbeitshilfe „Bedroht zu werden gehört nicht zum Mandat“ veröffentlicht.²⁰

Wir sollten zuhören, hinsehen und marginalisierte Stimmen (ver)stärken: Die Zivilgesellschaft braucht Schutz und marginalisierte Stimmen müssen gehört werden. Chatforen, in denen zu Bedrohungsaktionen aufgerufen wird, sollten intensiver beobachtet werden.²¹ Von der Protestbewegung bedrohte Menschen und Organisationen, darunter angegriffene Journalist*innen, bedrohte Amts- und Mandatsträger*innen sowie Engagierte und Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge und des Gesundheitsschutzes brauchen Schutz und Solidarität. Das Gleiche gilt für von Antisemitismus betroffene Juden und Jüdinnen und ihre Einrichtungen. Ihre Stimmen und Sorgen müssen gehört und ernstgenommen werden.

Wir müssen rote Linien ziehen: Die rechtsoffene Protestbewegung ist mit ihrer nun vorliegenden Militanz eine Bedrohung des demokratischen Zusammenlebens. Sie negiert wissenschaftliche Erkenntnisse, bedient antisemitische Verschwörungsmythen und geht aggressiv

gegen Vertreter*innen ihr missliebiger Meinungen vor. Damit grenzt sie sich selbst aus dem demokratischen Diskurs aus. Ein öffentlicher Dialog auf Augenhöhe mit Akteur*innen aus dieser Szene stärkt vor allem die lauten und wahrnehmbaren extrem rechten Meinungsführer und schwächt eine kritische demokratische Debatte über die Angemessenheit und Rechtzeitigkeit staatlicher Maßnahmen. Hier gilt es, aus den Erfahrungen der Jahre nach 2015 zu lernen und deutliche rote Linien zu ziehen.

Wir müssen Ambivalenzen aushalten und uns besser vernetzen: Zivilgesellschaftlicher Gegenprotest braucht belastbare Netzwerke und kreative Ausdrucksformen. Demokratie lebt von kritischem Dialog. Das widersprüchliche Handeln der Politik in der Pandemiebekämpfung kann ebenso kritisch hinterfragt werden, wie die rechtsoffenen Protestbewegungen des öffentlichen Widerspruchs auf Straßen, Plätzen und in sozialen Netzwerken. Die demokratische Zivilgesellschaft braucht belastbare Kooperationsstrukturen wie z.B. mit MBTs, anderen lokalen Initiativen und Kommunalpolitiker*innen, um sich gegen demokratiefeindliche Protestformen zu positionieren.

5. Ausblick

Die Erfahrungen aus der Praxis der MBTs zeigen: Die Gefährdung steigt durch zunehmende Ideologisierung und Gewaltbereitschaft. Das beweisen die Angriffe auf Impfzentren, „falsche“ Impfärzt*innen, Übergriffe auf Politiker*innen, Journalist*innen und Wissenschaftler*innen und nicht zuletzt der Mord an dem jungen Tankstellenkassierer in Idar-Oberstein. Es ist zu befürchten, dass sich der militante Kern der Protestbewegung aufgrund der im Winterhalbjahr 2021/22 erneut verschärften

Pandemielage und der damit verbundenen Diskussionen um weitergehende Einschränkungen insbesondere für nicht geimpfte Personen und eine in Rede stehende allgemeine Impfpflicht weiter enthemmen wird. Der BMB geht darüber hinaus davon aus, dass der politische Umgang mit der bestehenden Klimakrise von solchen vernetzten Akteur*innen als nächster Grund für Mobilisierungen, Bedrohungen und demokratiefeindliche Hetze herangezogen wird, da sich die

²⁰ Vgl. https://www.bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/2021/04/Ratgeber_Bedrohungen_Kommunalpolitik.pdf

²¹ Hierzu erarbeitet die Organisation CeMAS ein systematisches Online-Monitoring aktueller Entwicklungen. Weitere Infos gibt es unter <https://cemas.io>

Proteststruktur themenflexibel zeigt, sofern gewisse Merkmale übereinstimmen.

Diese Tatsachen können zur Verunsicherung der demokratischen Zivilgesellschaft führen. In diesem Fall, sind die bundesweit tätigen Mobilen Berater*innen ansprechbar. Seit Beginn der Corona-Pandemie beraten die MBTs in Deutschland neben Bündnissen, Vereinen und Kommunalverwaltungen und -politik auch Privatpersonen, die in ihrem Umfeld (Familie, Freundeskreis) oder am Arbeitsplatz mit Verschwörungserzählungen konfrontiert sind und Unterstützung im Umgang mit solchen Herausforderungen suchen. Im

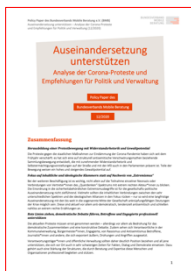
privaten Kontext steht oft die Sorge um involvierte Kinder im Vordergrund, etwa im Fall getrenntlebender Eltern bei denen ein Elternteil an Corona-Protesten teilnimmt. Darüber hinaus erreichen unsere Berater*innen Anfragen von Behörden, Lehrkräften, Erzieher*innen etc., die sich Hintergrundinformationen zum Thema wünschen. Der Bedarf an der Auseinandersetzung zum Umgang mit Verschwörungserzählungen ist demnach groß. Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus ist für diese Fragestellungen ansprechbar und verweist je nach Beratungsfall an andere lokale Beratungseinrichtungen (z.B. Familien- oder Paarberatung).



Einschätzung: Extreme Rechte, Rassismus und Antisemitismus im Kontext der Corona-Pandemie.

Bundesverband Mobile Beratung e.V., Mai 2020

https://www.bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/2020/05/2020-05-29_Einsch%C3%A4tzung-Corona.pdf



Auseinandersetzung unterstützen. Analyse der Corona-Proteste und Empfehlungen für Politik und Verwaltung.

Bundesverband Mobile Beratung e.V., Dezember 2020

<https://www.bundesverband-mobile-beratung.de/2020-12-13-bmb-policy-paper-auseinandersetzung-unterstuetzen/> [7.12.2021].



Verschwörungsmymen und neues „rechtes Miteinander“: langfristige Herausforderungen für die demokratische Zivilgesellschaft und gesellschaftspolitische Handlungsoptionen in der Corona-Krise.

Bringt, Friedemann/Klare, Heiko (2021), in: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hg.): Wissen schafft Demokratie Nr. 09/2021

<https://www.bundesverband-mobile-beratung.de/2021/07/02/verschwoerungsmymen-und-neues-rechtes-miteinander-artikel-zu-rechtsoffenen-corona-protesten/>





BMB (2021): Bedroht zu werden gehört nicht zum Mandat. Ein Ratgeber zum Umgang mit rechten Bedrohungen und Angriffen für Kommunalpolitiker*innen und Kommunalverwaltung

https://www.bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/2021/04/Ratgeber_Bedrohungen_Kommunalpolitik.pdf



Zum Bundesverband Mobile Beratung:

Der Bundesverband Mobile Beratung (BMB) ist der Dachverband von 50 Mobilien Beratungsteams bundesweit, die zum Umgang mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus beraten. Wir vernetzen die Teams, organisieren Fachtagungen und stehen als Ansprechpartner*innen für Politik und Medien zur Verfügung.

Bundesverband Mobile Beratung e.V. (BMB)

Bautzner Straße 45 | 01099 Dresden | 0351 – 500 54 16

kontakt@bundesverband-mobile-beratung.de | www.bundesverband-mobile-beratung.de

V.i.S.d.P.:

Grit Hanneforth, Geschäftsführerin im Bundesverband Mobile Beratung e.V.

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ bzw. des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**